

Armut in Deutschland ist erschreckend hoch

Lage der Kinder auch in Krefeld unerträglich

Armut ist weiblich, sie bedeutet eine belastete Kindheit, auch Ausgrenzung, soziale Kälte, Enge, Demütigung. Armut ist Suppenküche und Tafel.

Armut heißt Scham, Verzicht, Rückzug, Wut, Verzweiflung, Resignation, Krankheit, schlechte Zähne, Armut heißt nicht selten keinen Schulabschluss, keine Berufsausbildung, sie ist ein Teufelskreis und wird erblich.

Armut ist ein wesentlicher Bestandteil unserer Gesellschaft. Die Bettler haben zugenommen, die Flaschensammlerinnen und -sammler gehören mittlerweile zum alltäglichen Straßenbild. Essenssuche im Abfallbehälter ist ebenfalls keine Seltenheit mehr. Eltern und Kinder stehen in einer Schlange, um Brot und andere Nahrungsmittel abzuholen, die von Geschäften wegen des ablaufenden Verfallsdatums „gespendet“ werden.

Mitte 2011 wurden Deutschland in einem UN-Bericht schwere Versäumnisse in der Sozialpolitik angelastet. Dass in einem wirtschaftlich so reichen Land wie Deutschland 2,4 Millionen Kinder unter der Armutsgrenze leben, dass ein Viertel der Schülerinnen und Schüler in Deutschland ohne Frühstück zur Schule geht, ist ein schon lange andauernder Skandal. Nicht zum ersten Mal hat der UN-Ausschuss über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte die Lage in Deutschland kritisiert. Als armutsgefährdet werden Menschen bezeichnet, die über weniger als 60% des mittleren nationalen Einkommens verfügen. Die Armutsrate ist in Deutschland besonders hoch, Menschen ohne Arbeit sind hier stärker von Armut bedroht als in anderen EU-Staaten.

Es ist zynisch und eine Verhöhnung

von Kindern und deren Eltern, wenn sich Ursula von der Leyen strahlend vor die Presse stellt und verkündet, die Kinderarmut sei zurückgegangen. Dass die Zahl der Kinder insgesamt zurückgegangen ist, erwähnt sie nicht, denn dann wäre der Versuch, ihre Politik als erfolgreich darzustellen, sofort durchschaubar. Der Kinderschutzbund kommentierte ihre Zahlenpräsentation wie folgt: "Seit dem Jahr 2006 gibt es fast 750.000 Kinder unter 15 Jahren weniger in unserem Land. Wenn es also immer weniger Kinder gibt, so ist es keine Überraschung, dass in absoluten Zahlen betrachtet auch immer weniger Kinder von Sozialleistungen leben."

In Krefeld gibt es 28163 Hartz-IV Bezieherinnen und Bezieher. Davon sind 7063 Kinder und Jugendliche unter 15 Jahren und weitere 4309 Jugendliche von 15 Jahren bis unter 25 Jahren. Das sind zusammen 11372 Kinder und Jugendliche, die Hartz IV beziehen. Diese Kinder und Jugendlichen haben bereits heute absehbar keine Aussicht auf ein würdiges Leben in dieser Gesellschaft. Der Zug ist für sie bereits abgefahren. Wer wie ich miterlebt hat, wie Kinder in der Schule vor den anderen ihre Armut zu verstecken versuchen, wie sie sich dieser Armut schämen, wie sie Ausreden erfinden, wenn sie zu einer Geburtstagsfeier eingeladen werden, weil sie kein Ge-

schenk kaufen können, weiß wie bereits in der Kindheit die soziale Ausgrenzung greift. Und die verstärkt sich immer mehr. Da ist es kein Wunder, wenn die Schulabrecherquote unter diesen Jugendlichen höher ist als bei anderen.

Für Krefeld bedeutet dies, Kürzungen im sozialen Bereich dürfen nicht hingenommen werden, wir können auch von den Ratsmitgliedern erwarten, dass sie sich stark machen für eine deutlich bessere Finanzierung der Kommunen und alles dransetzen, um das finanzielle Ausbluten der Kommunen zu stoppen. Da ist es dann auch nicht mehr nachvollziehbar, dass noch immer keine Bereitschaft zur Erhöhung der Gewerbesteuer erkennbar ist.

HvSt



Samstags auf dem Dionysiusplatz stehen Menschen für "das tägliche Brot"

Aus unserem Programm: Soziale Sicherheit im demokratischen Sozialstaat

Wir wollen einen aktiven Sozialstaat, der die Lebensrisiken wie Krankheit, Unfall, Pflegebedürftigkeit und Behinderung sowie Erwerbsunfähigkeit und Erwerbslosigkeit solidarisch absichert, vor Armut schützt und im Alter ein selbstbestimmtes Leben in Würde garantiert.

Die LINKE streitet für eine Kindergrundsicherung für alle Kinder und Jugendlichen, die Kinder- und Jugendarmut verhindert, allen Kindern und Jugendlichen gute Teilhabe- und Entfaltungsmöglichkeiten bietet und vor Ausgrenzungen und Diskriminierungen schützt.

Inhalt:

Seite 2:	Was ist Inklusion?
-	Keine Chance für Gewalt gegen Frauen
-	Flagge zeigen gegen Gewalt an Frauen
Seite 3:	DIE LINKE und die Berliner Erklärung vom 16.12.2011 für eine gesetzliche 30 %-Frauenquote in den Aufsichtsräten der großen Unternehmen
Seite 4:	40 Jahre Berufsverbote
-	Das hat System, Herr Fabel!
-	Veranstaltungshinweis Feministische Sozialistinnen im 19. Jahrhundert
-	Impressum

Was ist Inklusion?

Deutschland hat Anfang Januar 2009 durch die Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention endgültig verpflichtet, die Inklusion im Bildungswesen einzuführen. Von der Umsetzung sind wir jedoch weit entfernt.

In der Öffentlichkeit wird dieses Thema selbst bei Fachleuten noch immer begleitet von der Gleichsetzung von Integration und Inklusion. Das Schaubild unten gibt den Unterschied deutlich wieder. Wir können für alle vier Begriffe Beispiele aus unserem Schulwesen benennen.

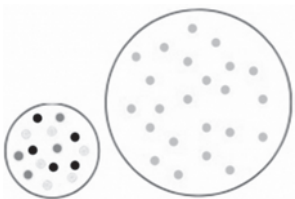
Exklusion

Schule für Kinder ohne Behinderung. Kinder mit Behinderung besuchen keine Schule. In der Bundesrepublik Deutschland gab es erst seit Anfang der 1970er Jahre eine Schulpflicht für geistig behinderte Kinder.



Separation

Schule für alle Kinder ohne Behinderung, die behinderten Kinder besuchen eine Sonder-/Förderschule. In Deutschland trifft dies zu auf Grundschulen und Förderschulen.



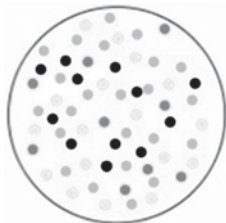
Integration

Schule für alle Kinder ohne Behinderung. Die behinderten Kinder werden als Gruppe einbezogen. Ziel ist es, sie an die Situation der bestehenden Gruppe anzupassen. Sie behalten aber eine Sonderstellung, weil sie einem Anpassungsprozess unterworfen werden und an dem Level der Gruppe gemessen werden, in die sie integriert werden sollen. In Deutschland in der Regel Gemeinsamer Unterricht (GU), bei dem behinderte Kinder von ihrer Förderschule weiter betreut werden und in bestehende Klassen integriert werden sollen.



Inklusion

Es gibt keine wirkliche Inklusion, wenn die Kinder bereits mit 10 Jahren auf verschiedene Schultypen sortiert werden. Kein Aussortieren zu irgendeinem Zeitpunkt. Eine Schule für alle Kinder mit und ohne Behinderung. Diese Schule fordern wir. Mit der Gründung von vielen weiteren Gesamtschulen sind wir bereits auf dem Weg, jedoch wird es die Eine Schule für alle nicht geben, solange es neben den Gesamtschulen noch die Gymnasien gibt.



„Inklusion unterscheidet sich hierin sehr deutlich von Integration und versteht sich eher fundamentalistisch. Inklusion stellt die Systemfrage! Inklusion will das real existierende gegliederte Schulsystem komplett durch eine einzige Schule für alle ersetzen. In einer inklusiven Schullandschaft ist weder für Sonderschulen noch für Gymnasium ein legitimer Platz vorgesehen. Das ist der hohe Anspruch!“

Hans Wocken, Von der Integration zur Inklusion, <http://www.lis.bremen.de/sixcms/media.php/13/Wocken-Besser-zusammen.pdf>

Aus unserem Programm:

Gleichheit und Gerechtigkeit für Menschen mit Behinderung

Um Menschen mit Behinderung die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen, sind Nachteilsausgleiche und das Recht auf Selbstvertretung auf allen Ebenen unerlässlich. DIE LINKE steht für eine Politik, die in allen gesellschaftlichen Bereichen die Rechte der Menschen mit Behinderung beachtet und durchsetzt. In allen Verwaltungen, in den Kommunen, in den Bildungseinrichtungen, in den Einrichtungen der Fürsorge und Wohlfahrt, im Gesundheitswesen, in den Parteien, Vereinen, Interessensverbänden und in der Wirtschaft überall müssen die Bürgerrechte Barrierefreiheit, Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, Recht auf Teilhabe (Partizipation), Emanzipation, Inklusion und Solidarität gelebt werden.

Keine Chance für Gewalt gegen Frauen

„Gewalt gegen Frauen ist eine eklatante Menschenrechtsverletzung. Doch dies erkennt die Bundesregierung immer nur dann, wenn sie ihre Kriege legitimieren will. Es ist skandalös und heuchlerisch, wenn sich die Bundesregierung als Verteidigerin von Frauenrechten einsetzt und damit sogar den schmutzigen Afghanistankrieg rechtfertigt, dann aber Gewalt gegen Frauen in Deutschland häufig immer noch als Privatangelegenheit betrachtet. Wer es ernst meint mit der Prävention und dem Schutz von Frauen darf den Rotstift nicht bei Beratungsstellen und Frauenhäusern ansetzen, sondern muss ein entsprechendes Angebot zur Verfügung stellen“ erklärt Sevim Dagdelen, Bochumer Bundestagsabgeordnete der Partei DIE LINKE. anlässlich der Fahnenaktion von TERRE DES FEMMES. Dagdelen weiter:

„Um ein Signal zu setzen, nehme ich auch in diesem Jahr an der Fahnenaktion teil und habe die Fahne gegen Gewalt an Frauen an meinem Wahlkreisbüro gehisst. Es kann nicht sein, dass in einem vermeintlich zivilisierten Land wie Deutschland immer noch 40 Prozent aller Frauen in Deutschland im Verlauf ihres Lebens mindestens einmal körperliche oder

sexualisierte Gewalt erleben. Rund 25 Prozent erlebten diese Gewaltformen durch Partner. Seit mehr als 30 Jahren bieten Frauenhäuser Hilfe und Schutz. Bis heute werden diese Hilfs- und Schutzeinrichtungen nur auf freiwilliger Basis durch Bund, Länder, Kommunen oder soziale Träger finanziert. Dass deren Finanzierung immer aufs Neue unter Haushaltsvorbehalt stehen, darf nicht hingenommen werden. Schon jetzt werden von vornherein ganze Gruppen von Frauen, wie Schülerinnen, Studentinnen, Auszubildende oder Migrantinnen vom vorhandenen Hilfs- und Schutzangebot ausgeschlossen, nur weil sie keinen ALG II-Anspruch haben und die Kosten nicht selbst aufbringen können.

Alle von Gewalt betroffenen Frauen müssen Hilfe finden! Deshalb fordert DIE LINKE einen Rechtsanspruch auf Schutz. Die Bundesregierung muss endlich eine gesetzliche Grundlage für einen Rechtsanspruch auf sofortigen Schutz und umfassende Hilfe für alle von Gewalt betroffenen Frauen und deren Kinder schaffen – unabhängig von ihrer Herkunft oder dem sozialen Status. DIE LINKE fordert seit Jahren eine bundesweit einheitliche Finanzierung der Frauenhäuser.“

Flagge zeigen gegen Gewalt an Frauen

Zum Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen fordert die Bundesgeschäftsführerin der Partei DIE LINKE, Caren Lay: Seit dreißig Jahren findet alljährlich am 25. November der von den Vereinten Nationen deklarierte Internationale Tag zur Beseitigung jeder Form von Gewalt gegen Frauen statt.

Seit dem 25. November 1981 wird weltweit durch Aktionen, Veranstaltungen und Tagungen von Frauenprojekten und Initiativen, zur Beendigung von Gewalt gegen Frauen und Kinder aufgerufen. Dennoch erleben 40 Prozent aller Frauen in Deutschland sexuelle und körperliche Gewalt. Dass die Bundesregierung Gewalt gegen Frauen häufig immer noch als Privatangelegenheit betrachtet und die Länder die Gelder für die 360 Frauenhäuser kürzen, die als Fluchtorte oft der letzte Ausweg für Frauen und ihre Kinder sind, belegt, dass das Thema endlich ernst genommen werden muss. Deutsch-

land ist aufgefordert, endlich internationale Vereinbarungen mit der UN und dem Europarat einzuhalten.

Wir fordern die Bundesregierung auf, die Absicherung der Frauenhäuser nicht länger von den Länderhaushalten abhängig zu machen, sondern durch eine bundeseinheitliche Finanzierung sicherzustellen. Jede Frau muss unabhängig von Einkommen oder Herkunft Zugang zu einer Schutzeinrichtung haben. Ebenso wichtig ist die finanzielle Ausstattung von Täterberatungsstellen, um weitere Gewalttaten zu verhindern.



DIE LINKE und die Berliner Erklärung vom 16.12.2011 für eine gesetzliche 30 %-Frauenquote in den Aufsichtsräten der großen Unternehmen

Im Dezember haben Frauen aus allen im Deutschen Bundestag beteiligten Parteien (u. a. Petra Pau, Cornelia Möhring von der Partei DIE LINKE) und aus anderen öffentlichen Gremien die „Berliner Erklärung“ formuliert bzw. unterzeichnet und veröffentlicht. Wegen der anhaltenden Benachteiligung von Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen sei eine Gleichstellung noch lange nicht verwirklicht. Ein erstes Ziel sei, mehr Frauen in die Entscheidungsprozesse der Wirtschaft einzubeziehen, um so „ein Umdenken in den Vorstandsetagen zu befördern und damit die Besetzungspraxis von Entscheidungsfunktionen zu verändern.“ Ein erster Schritt hierzu ist eine gesetzliche 30 % Frauenquote „bei den „Aufsichtsräten“ (Anmerk. nicht auch Vorstände) der Börsennotierten, mitbestimmungspflichtigen und öffentlichen Unternehmen“. Die Forderungen der Fraktion der Partei DIE LINKE lauteten bisher auf eine „mindestens 50 %-tige Quote in den Führungsgremien der größeren Unternehmen.“

Erst einmal vorweg: ich habe die Erklärung spontan mit unterzeichnet; zunächst mit der Hoffnung, dass die „gebündelte“ Kraft vieler Frauen (wenn auch sozialpolitisch unterschiedlich denkend) endlich den Kampf um die Machtfrage, also in Bezug auf gleiche Beteiligung von Frauen und Männern ins Rollen bringt. Es war also eine gefühlsbedingte Entscheidung, die ich auch weiterhin vertreten möchte, wie sie auch andere Frauen in der Linken trotz aller Kritik von Genossinnen weiterhin vertreten dürfen, meiner Meinung nach. Von den Kritikerinnen wird darauf verwiesen: im Bundestags-Wahlprogramm und auch mit dem Bundestags-Fraktionsantrag (17/4842 v. 25. Feb. 2011) wurde eine „mindestens 50 %-tige Quote“ gefordert, an der Erstellung und Zeichnung der Berliner Erklärung sind äußerst konservative Frauen wie z.B. Friede Springer (hat im eigenen Konzern nichts diesbezügliches bewirkt) oder Arbeitsministerin Ursula von der Leyen beteiligt. Auch würden sich Frauen der Partei damit in den „bisherigen „Quotenstreit“ zwischen Familienministerin Schröder (beharrt auf freiwilliger Selbstverpflichtung der Unternehmen) und Frau von der Leyen (befürwortet - zur Eigenprofilierung? - ausschließlich eine gesetzliche Quoteneinführung) einlassen. Darüber hinaus wurde daran erinnert, dass es in der Arbeitswelt primäre Aufgabe der Linken sei, die Lebensverhältnisse, Lohn- und Arbeitsbedingungen vor allem bei den „Arbeiterinnen“ und Alleinerziehenden im Sinne von Geschlechtergerechtigkeit (z.B. gleicher Lohn bei gleicher Arbeit oder

entsprechender Tätigkeit bei Männer und Frauen) durch Gleichstellung zu verbessern. Die verschiedenen Zweifel an der Unterzeichnung durch linke Frauen (auch Männer) hatten mich angestoßen, mich weiter in die Materie zu vertiefen.

Ob wir Frauen in der Partei DIE LINKE nun aus reiner Vernunft oder auch mit einem nicht unerheblichem Bauchanteil uns zur Mitzeichnung entschlossen haben, ist allein unser persönliches Ding und mit unseren eigenen Lebenserfahrungen verbunden. Zu beachten sind natürlich die Grundsätze unseres Parteiprogramms; hier finde ich allerdings keine absolute Zahlenangabe zur Quotierung im Abschnitt „Gleichheit und Geschlechtergerechtigkeit“. Nach meinem persönlichen Ver-

spontane Mitzeichnung war die nicht nur bei mir noch unbeantwortete Frage, weshalb es immer noch keine weibliche Doppelspitze in der Parteiführung gibt. Die Doppelspitze würde uns Frauen vielleicht ein Mehr an politischen Gestaltungs- und Durchsetzungsfähigkeit in weiblicher Sicht gestatten? Damit könnte doch ein bedeutender Impuls gesetzt werden, auch im Hinblick auf die Gewinnung weiblicher Wählerschaft. Was gab es in den zurückliegenden Jahren noch in einzelnen Kreisverbänden (KV Krefeld positiv herausgenommen) bisweilen Kämpfe um die Einhaltung der Frauenquote bei den Wahlgängen auf den Listen? Die kulturellen Prägungen im Hinblick auf männliche (patriarchalische) Dominanzen und Verhaltensweisen sind nun mal

und Frau, um Leistung, um Arbeit und ihre Verteilung, um Demokratie, um unser Miteinander – es geht also um die Infragestellung des gesellschaftlichen Zusammenhanges.“ Nach ihrer Ansicht, die auch voll teile, geht es natürlich ebenso in der LINKEN um eine innerparteiliche Auseinandersetzung zu diesen moralischen Werten, der Frage nach den richtigen Wegen, um gute oder falsche Linke.

Da brauchen wir uns erst gar nicht fragen, wie es wohl hinsichtlich einer wirklichen Veränderungsnotwendigkeit in der unser aller Leben so bestimmenden Arbeitswelt außerhalb unserer Partei aussieht. Nach meiner bisherigen Erfahrung kann ein in unserem Lande bestehender Konsens (also ein Meinungsbündnis auf einem nicht unwesentlichen Abschnitt des Gleichstellungsweges) einer Vielzahl von Frauen, wenn auch sozialpolitisch verschieden denkend, vor allem einen bedeutenden Anstoß im Voran zur politischen Veränderung setzen. Was nützt uns Linken da eine ausschließliche Abgrenzung vom viel größeren Rest der anderen Frauen. Die Hinterfragung, inwieweit die Frauenquote in den Führungsetagen überhaupt durch eine im Durchschnitt weiblichere und somit erhoffte sozialere Führungstätigkeit sich auch zugunsten der werktätigen MitarbeiterInnen selbst auswirkt, bleibt zunächst nur als Hoffnung bestehen. Es ist aber doch einen Versuch wert, ob im Laufe der Zeit eine Besserung der sozialen Verhältnisse eintritt oder durch die Zwänge von der Kapitaleseite die angedachte andere „Frauensichtweise“ nicht zum Tragen kommt. „Der Kampf für die Frauenquote – auch auf Führungsetagen – ist laut Cornelia Möhring auch deshalb nötig, weil er sozusagen stellvertretend für andere Ungleiche mitgeführt werden kann, es sei denn, wir stellen selber das Trennende und persönliche in den Fokus“. Eine positive Entwicklung bei einem Quotenansatz speziell in den Führungsetage hat wohl auch bereits, wie o.a., die Bundestagsfraktion der Partei DIE LINKE bei der Gesetzesvorlage 2011 nicht ausgeschlossen, sonst hätte sie keinen eigenen Antrag auf eine Frauenquote in den Führungen der Unternehmen gestellt. Hinterfragt werden könnte auch, weshalb die im geschäftsführenden Vorstand der IG Metall für Frauen- und Gleichstellungspolitik Zuständige (Christiane Benner) mit als eine der ersten die Berliner Erklärung unterzeichnet hat. Ich vermisste die Initiative der Partei DIE LINKE auch außerhalb der eigenen Gremien deutlich die Wichtigkeit der Forderung einer 50%- Frauenquote anstelle der 30 % für unsere Gesamtgesellschaft herauszustellen.

Fortsetzung Seite 4



ständnis ist kein bürokratischer Parteigehorsam dazu gefordert, was ich als Frau im Moment für die Besserung der Geschlechtergerechtigkeit als zielführend empfinde. Sehr wohl kann in dieser Sache die Herausarbeitung der Gründe gegen oder für eine jetzige Mitzeichnung generell zur Verdeutlichung des letztendlichen Erfordernisses einer gesetzlichen Frauenquote über mindestens 50 % in der Führungsebene der Wirtschaft dienen.

Ein auslösender Grund für meine

auch in unserer Partei nicht ohne Einfluss geblieben und werden es wohl auch noch länger bleiben. Cornelia Möhring (stellvertretende Vorsitzende der Linksfraktion und frühe Mitzeichnerin der Erklärung) weiß in ihrer sehr ausführlichen Begründung zu ihrer Mitzeichnung auf etwas hin, was manche Genossen und Genossinnen vielleicht nicht so deutlich sehen wollen: „Mit der Diskussion um die Quote bewegen wir uns im Felde der Werte, es geht um die soziale Konstruktion von Mann

Denn wir Frauen sind mehr als 50 % unserer Bevölkerung, wir sind nicht vornehmlich für die Reproduktionsarbeiten und soziale Dinge zuständig; hier gilt es sich für mehr Männerbeteiligung einzusetzen, denn auch dies führt zu mehr Geschlechtergerechtigkeit und gegenseitigem Verständnis. Weshalb erhalten Frauen meist noch 25 % weniger Lohn, werden als Arbeitslose in Hartz IV-Bedarfsgemeinschaften mit einem Taschengeld abgespeist, haben die meisten Minijobs, erhalten überdurchschnittlich dann eine Minirente, werden trotz Erschöpfung nicht zu Kuren zur Erholung von der Familienarbeit zugelassen, usw. Bleibt trotz allem festzuhalten: die Diskussion über die Mitzeichnung einiger Genossinnen zur Berliner Erklärung wird uns nicht davon abhalten, vornehmlich die „Baustellen“ der werktätigen Frauen und Männer aus dem Auge zu verlieren. Die Forderung nach gesetzlicher Frauenquotierung in den Führungsetagen ist vielleicht in den Auswirkungen bei Verwirklichung sinnvoll für eine Verbesserung unserer Gesellschaft „sozusagen auf Umwegen“, jedoch für die Menschen geht es aktuell darum, dass sich DIE LINKE einsetzt für: gute Arbeit zu guten Löhnen, einen Mindestlohn von 10 €, bessere und planungssicherere Lebensverhältnisse, gute Erziehungs- und Bildungsverhältnisse sowie eine nicht vom Kapital abhängige Verbesserung des Gesundheitswesens und bessere Lebensbedingungen der Senioren. Last uns alle, Männer mit den Frauen gemeinsam dafür kämpfen, sowie es sich beispielhaft im immer noch für uns Linke sinnbildhaften Kampf der Textilarbeiterinnen in Lawrence/USA im Jahre 1912 begab („her mit dem ganzen Leben, Brot und Rosen“).

A. N.

Feministische Sozialistinnen im 19. Jahrhundert

Vortrag und Diskussion mit Dr. Antje Schrupp, feministische Philosophin und Autorin Fabrik Heeder, Krefeld, 27. März 2012, 19:00 Uhr

Zahlreiche Frauen waren in der Internationale aktiv: Virginie Barbet in Lyon gründete eine sozialdemokratische Frauengruppe. Die Russin Elisabeth Dmitrieff reiste nach London, um Marx kennen zu lernen, und gründete eine große Frauenorganisation während der Pariser Kommune. Oder die Schriftstellerin André Léon, die mit ihrem Eintritt in die Internationale für Aufsehen sorgte. Und Victoria Woodhull, US-amerikanische Feministin und erste weibliche Präsidentschaftskandidatin, die wegen inhaltlicher Differenzen mit Marx aus der Internationale ausgeschlossen wurde

40 Jahre Berufsverbote

Am 28.01.1972 beschlossen die Ministerpräsidenten und der damalige Bundeskanzler Willy Brandt, dass nur derjenige Beamte können werden sollte, der die Gewähr dafür bot, "jederzeit für die freiheitlich demokratische Grundordnung i. S. des GG" einzutreten. Dieser Beschluss richtete sich primär gegen KommunistInnen und andere Linkskräfte. Eine beispiellose millionenfache Bespitzelung durch den Verfassungsschutz, Einschüchterung und Vernichtung beruflicher Zukunft über Jahrzehnte war die Folge.

Belehrung nach Punkten

Befragung eines Lehramtskandidaten im Rahmen eines Anhörungsverfahrens durch einen Herrn aus Bonn ohne falschen Bart und in Anwesenheit eines Regierungsdirektors, SPD.

Solo des Herrn aus Bonn:

Bitte, um es gleich zu sagen: Wir sind hier für Offenheit.

Wird soviel hineingeheimnißt –

so Gesinnungsschnüffelei 'so weiter –

trifft die Sache nicht.

Sie zum Beispiel wollen Lehrer werden,

wollen also was von uns. Also werden wir Sie prüfen,

ist doch logisch.

Staatsumkrempler, Radikale,

Revolutionäre mit Gehältern nach A13

und Pensionsansprüchen machen wir hier nicht.

Also, hier ist Ihre Akte. Rein beruflich alles bestens.

Erste Lehramtsprüfung: sehr gut.

Sind kontaktstark und belastbar,

halten sich zurück in Ihrem Urteil,

und Sie sind kollegial. Na bitte!

Aber das genügt uns nicht; denn hier kommt es darauf an:

Bieten Sie Gewähr, voll einzutreten jederzeit

für diese freiheitliche und so weiter, na Sie wissen schon!

Na, und hier in Ihrer Akte –

das gibt's jetzt in jeder Akte – die Bewertungskarte PPD;

das ist die politische Personaldatei.

Haben wir uns ausgedacht.

Echter Fortschritt, Punktbewertung, Lochkartensystem und

Praktisch wie die Verkehrsänderdatei.

Das objektiviert die Sache ganz enorm.

Damit ist der Gleichheitsgrundsatz

bestens garantiert und ist alles demokratisch, haha.

Und so funktioniert das:

Jeder Minuspunkt ein Loch, und ist die Minuspunktzahl von 45

dann erreicht, dann: Juppdiä und ratata:

der Datenspeicher wirft die Karte aus,

und wir wissen: Wieder mal ein Radikaler,

bietet nicht Gewähr, voll einzutreten jederzeit

für diese freiheitliche und so weiter, na Sie wissen schon!

So, und jetzt zu Ihnen ganz konkret.

Und was sehn wir da zunächst mal?

Diese 20 Löchlein in der Karte. Das sind fünfmal Ihre Unterschriften:

Gegen Rüstung und das neue Chile und Berufsverbote,

für das neue Portugal und für den 1.Mai mit Kommunisten.

Dazu kommen 13 Löchlein für Versammlungsstörung –

Zwischenrufe und so weiter,

ganz egal, ob CDU-, ob NPD-Versammlung,

darauf kommt es hier nicht an.

Und hier nochmal sieben Löcher für 'ne Demo Umweltschutz.

Wie bitte? Unpolitisch? Dabei sind doch immer Kommunisten.

So, das sind schon 40 Minuspunkte,

Dazu kommen fünf,

weil Sie in 'ner Wohngemeinschaft leben.

Nix da, nix da, das ist billiger als Einzelzimmer.

So schlau sind wir auch.

Unter einer Decke stecken, Zellen bilden,

darauf läuft das doch hinaus.

Also macht summa summarum 45 Minuspunkte,

und das heißt: Sie sind ein Radikaler,

bieten nicht Gewähr, voll einzutreten jederzeit

für diese freiheitliche und so weiter, na Sie wissen schon!

Na, nu lassen Sie den Kopf nicht hängen.

Ist ja noch nicht alles aus.

Hier ist nämlich ein Angebot:

Oder, warum meinen Sie, erklär' ich Ihnen alles so genau?

Vorschlag also der:

Sie hängen noch ein paar Jährchen dran,

sammeln ein paar Pluspunkte, paar schöne,

daß Sie wieder runterkommen, so auf 10 bis 20 Minuspunkte.

Das genügt uns schon.

Na, und was Sie machen sollen? Hören Sie sich ein bißchen um

bei Kollegen und so weiter, was man redet und so weiter,

na, Sie wissen schon.

Halt, wo wollen Sie denn hin? Laufen Sie nicht weg.

Läuft der raus! Na, ich sag ja: Radikaler!

Bietet nicht Gewähr, voll einzutreten jederzeit

für diese freiheitliche und so weiter, na Sie wissen schon!

Das Gedicht »Belehrung nach Punkten« erschien zuerst 1975 auf der LP »Mit aufrechtem Gang«. Wir danken dem Kulturmaschinen-Verlag Berlin für die freundliche Genehmigung zum Abdruck. Im Verlag erscheint eine zehnbändige Ausgabe der Werke Franz Josef Degenhardts.

Das hat System, Herr Fabel!

Krefelds Schulgebäude bedürfen einer Grundsanierung. Erst kommt es zu einem Investitionsstau in öffentlichen Gebäuden, dann zu einer bereits geplanten Privatisierung.

So haben wir es bei der „Krankenhausanierung“ gesehen, und so wird es wohl auch – wenn es nach Mehrheitsparteien im Rathaus geht – bei den übrigen städtischen Gebäuden gehen. Erste Gerüchte, dass die kleinen Rathäuser der Stadtbezirke auf der Verkaufsliste stehen, machen bereits die Runde. Das Krankenhaus wurde gleich komplett verschertelt, bei den jetzt sanierungsbedürftigen Gebäuden wird die Privatisierung vom „Gebäudemanagement“ vorbereitet. Flankierend dazu Herr Fabels Angriff auf die SchulleiterInnen Krefelds. Hand in Hand wird die Arbeit gemacht.

Den Schulleitungen und Kolleginnen und Kollegen in den Schulen, den Eltern und Kindern wird Vandalismus vorgeworfen. Ja dann braucht sich doch niemand zu wundern, dass die Gebäude in einem solch schlechten Zustand sind! Wenn es durchregnet, dann haben die SchülerInnen sich wahrscheinlich auf die Leiter gestellt und mit den Fingern Löcher in die Decken gebohrt. Wenn die Fenster verrottet sind, haben sie sicher zu viel Wasser ausgeatmet. Dass in fast allen Schulen die Klassenräume von SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen renoviert wurden, haben die Betroffenen wohl nur geträumt. Alle an den Raumrenovierungen beteiligten SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen haben zudem bei der Renovierung die Wände zerstört, weil das so viel Spaß bringt.

Wenn dann der Schulleiter einer der größten Schulen Krefelds sich gegen Diffamierungen verwahrt, dann empfiehlt Fabel diesem Schulleiter Zurückhaltung. Wie unverschämt ist das eigentlich?

Denjenigen, die die Schulen trotz der fehlenden Investitionen in Eigenregie über einen sehr langen Zeitraum renoviert haben, wirft er vor, sie hätten kein Augenmerk auf Vandalismus und Zerstörungen, betrachteten Sauberkeit in der Schule als Sekundärtugend?

Das erinnert doch deutlich an den Dieb, der auf einen anderen zeigt und „haltet den Dieb“ ruft.

Die Schulgebäude über lange Zeit nicht saniert zu haben, haben Stadtverwaltung und die politischen Mehrheiten im Rat zu verantworten und dazu gehört selbstverständlich Herr Fabel. Aber nicht nur, dass er, um von seiner eigenen Verantwortung abzulenken mit dem Finger auf andere zeigt, nein, es ist zu fürchten, dass die Privatisierung der Schulgebäude vorbereitet wird. Bundesweit gibt es Beispiele für diesen Ablauf. Nun wird nämlich das Kaninchen aus dem Hut gezaubert: PPP

Private Public Partnership, die Lösung aller Probleme. Die Gebäude werden verhökert und die Stadt zahlt an den Investor Miete – und das nicht zu knapp. Na denn, einen Vorgeschmack haben wir mit den Plänen, die Feuerwache von einem privaten Investor bauen zu lassen, ja schon bekommen. Da sollten wir uns alle mal ansehen, was mit der Feuerwache in Mühleim an der Ruhr geschehen ist. Das wird teuer und zwar sehr teuer!

Aber so blöd, dass wir das nicht durchschauen, sind wir nicht, Herr Fabel.

HvSt

Impressum: V.i.S.d.P: Heidrun von der Stück
Alte Linner Straße 85, 47799 Krefeld
(02151) 783 33 75

Feuerwache Krefeld

1. Eine neue Feuerwache ist nötig

Die Expertise geht davon aus, dass eine neue Feuerwache für Krefeld notwendig ist. Wenn in der Expertise die Umsetzung nach dem Muster Public Private Partnership (PPP) sowohl mit einem privaten Investor wie auch mit einem kommunalen Unternehmen („Inhouse“-Lösung) abgelehnt wird, so in der Absicht, die für die Stadt Krefeld günstigste Lösung zu finden. Diese Lösung soll nicht nur in kurzfristiger, finanzieller Hinsicht die günstigste sein, sondern auch demokratischen Prinzipien entsprechen und die langfristige Gestaltungsfähigkeit der Verwaltung erhalten und stärken.

2. Der prinzipielle Mangel von Wirtschaftlichkeits-Vergleichen

Ratsmehrheit und Verwaltung der Stadt Krefeld haben die private Beratungsfirma kplan beauftragt, einen Wirtschaftlichkeitsvergleich zu erstellen. Er sollte die Entscheidungsgrundlage dafür sein, ob Planung, Bau, Finanzierung und Betrieb der neuen Feuerwache nach dem PPP-Modell günstiger als die konventionelle Lösung ist oder nicht. Im Prinzip ist ein solcher Vergleich sinnvoll. Aber für einen sinnvollen Vergleich fehlen nach dem bisher für PPP geltenden Verfahren die Voraussetzungen. Dies trifft auch für den Wirtschaftlichkeitsvergleich von kplan in Krefeld zu:

Erstens hat kplan die Kosten für die konventionelle Durchführung lediglich grob geschätzt. Die zugrundeliegenden Daten und Verfahren für diese Schätzung hat kplan nicht offengelegt. Richtig wäre es gewesen, dass die Stadtverwaltung zusammen mit ihren zuständigen Ämtern und mit der Feuerwehr zunächst selbst eine detaillierte und begründete Kostenschätzung erarbeitet hätte. Dabei hätten auch Methoden, die für PPP-typisch gehalten werden – langfristige Abstimmung des Neubaus auf die langfristig günstigsten Betriebskosten („Lebenszyklus-Ansatz“) – angewandt werden können. Diese Methoden können und müssen heute auch sonst angewandt werden, bevor ein Bauherr (Unternehmen, Hauslebauer...) einen Bauauftrag vergibt. Erst so hätten die Kosten für Planung, Neubau, Finanzierung und Betrieb der Feuerwache unter städtischer Regie begründet ermittelt werden können. Die Beauftragung von kplan kam somit a) zu früh, ging b) an ein Unternehmen, das als Lobby für PPP agiert und schließlich c) ohne verlässliche Daten arbeitete.

Die zweite Bedingungen für einen sinnvol-

len Wirtschaftlichkeits-Vergleich bestünde dann, wenn konkrete Angebote von PPP-Anbietern für das geplante Projekt, hier die Feuerwache, vorliegen. Erst dann könnte man die von der Stadtverwaltung erstellte Schätzung mit der PPP-Variante konkret vergleichen. kplan hat auch für die Berechnung der PPP-Variante lediglich eine grobe Schätzung vorgenommen. Empirische Daten zu den tatsächlichen Kosten von PPP-Projekten liegen ohnehin noch kaum vor. Die allerersten PPP-Verträge in Deutschland wurden 2005 abgeschlossen, sie bezogen sich auf Schulen. Dies waren zudem nur sehr wenige Projekte. PPP-Projekte mit Feuerwachen sind erst in der Anfangsphase. kplan hat sich aber nicht einmal bemüht, die wenigen Erfahrungen auszuwerten, die in den ersten Jahren mit den bisherigen Projekten in Deutschland gemacht wurden. Vielmehr stützt sich kplan, wie es bei solchen Wirtschaftlichkeitsvergleichen auch anderer Beratungsfirmen üblich ist, nur auf die bisher abgeschlossenen PPP-Verträge. Sie beruhen auf dem von den privaten Investoren und ihren Beratern versprochenen „Effizienzvorteil“, der meist zwischen acht und 15 Prozent liegt.

kplan hat aber nicht überprüft, wie sich die Projekte in den Jahren nach Vertragsabschluss konkret entwickelt haben und ob sich der Effizienzvorteil tatsächlich ergeben hat. Hätte kplan diese Erfahrungen ausgewertet, hätte kplan zu einem anderen Ergebnis kommen müssen. (1)

Wie schon erwähnt, hat kplan damit keinen Sonderweg beschritten, sondern sich der vorherrschenden, auch von den Bundesregierungen und auch den bisherigen NRW-Landesregierungen gebilligten Praxis angeschlossen. Somit sind solche Wirtschaftlichkeitsvergleiche sinnlos beziehungsweise legen die Interpretations- und Definitionshoheit in die Hände der PPP-Lobby.

3. Der Wirtschaftlichkeitsvergleich für die Feuerwache Krefeld

Neben dem Umstand, dass die Stadtverwaltung nicht selbst die Kosten der öffentlichen Erledigung geschätzt hat und dass ein konkret vergleichbares, privates Angebot noch nicht vorlag, ist der Wirtschaftlichkeitsvergleich von kplan auch im einzelnen unseriös und mangelhaft. (2)

„Gesamter Lebenszyklus“:

Als Vorteil von PPP nennt kplan die Beachtung des „gesamten Lebenszyklus“. Das bedeutet: Die beim privaten Investor in einer Hand liegenden Aufgaben von Bau und

Betrieb, in Verbindung mit der meist 30jährigen Laufzeit, sollen es ermöglichen, den Bau so zu gestalten und mit den Betriebsverfahren abzustimmen, dass die finanziell und betrieblich günstigste Lösung entsteht („Synergieeffekt“). Dabei wird allerdings unterschlagen, dass der gesamte Lebenszyklus eines Gebäudes und einer Anlage nicht 30 Jahre beträgt, sondern mindestens das Doppelte oder auch das Dreifache. Der Verantwortungshorizont des PPP-Investors endet aber nach 30 Jahren, also dann, wenn die strukturellen Bedarfe für Reparatur und technische Erneuerung erst einsetzen.

„Wegfall der Koordination bei der Stadt“

Als weiterer Vorteil von PPP behauptet kplan: Da der Investor als Generalunternehmer auch die Planung und das Controlling übernehme, könne die öffentliche Verwaltung Stellen einsparen. (49) Auch das ist ein Trugschluss: Gerade die umfassende und langfristige Übertragung aller Aufgaben an den Investor – dazu gehört auch die Auswahl aller Subunternehmen sowie die Finanzierung – macht die öffentliche Seite extrem abhängig. Dabei muss berücksichtigt werden, dass die Bauunternehmen, die bei PPP führend sind – Hochtief, Bilfinger Berger, Serco, SKE, Strabag/Züblin und Royal BAM Group/Müller Altvatter – wesentlich in der Hand angloamerikanischer Hedge- und Investmentfonds sind, die von ihren Unternehmensvorständen eine extreme Rendite fordern. Diese Baukonzerne haben zudem ihr Geschäftsmodell umgestellt: Ihre Gewinne wollen sie heute nicht so sehr aus dem Bau, sondern vor allem aus dem „facility management“, also dem langfristigen Betrieb von Gebäuden und Gebäudekomplexen herausholen. Wenn die öffentliche Hand auf eigene Aufsicht weitgehend verzichtet und den Investor „machen lässt“, dann wird sie gnadenlos mit finanziellen Nachforderungen über den Tisch gezogen. Wenn die öffentliche Hand dagegen „auf gleicher Augenhöhe“ mit dem Investor agieren will, braucht sie mehr kompetentes Aufsichtspersonal als beim traditionellen Verfahren.

(1) Vgl. Werner Rügemer: "Heuschrecken" im öffentlichen Raum. PPublic Private Partnership-Anatomie eines globalen Finanzinstruments. Bielefeld 2011; s. insbesondere das Kapitel "Gescheiterte Projekte"

(2) Seitenzahlen im Text beziehen sich auf kplan: Wirtschaftlichkeitsvergleich zur Feuer- und Rettungswache Krefeld Juli 2010

„Optimierte Bauausführung, optimierter Betrieb“

Weiterhin behauptet kplan, PPP ermögliche eine optimierte Bauausführung und einen optimierten Betrieb. Auch das trifft nicht zu. Denn alle wirklichen Vorteile, die bisher mit PPP verbunden sind (zumindest der Theorie nach), können auch in der traditionellen Variante entstehen. Auch bei ihr kann die öffentliche Hand schon beim Bauauftrag die Bedingung stellen, dass die Materialien und die Baustruktur auf den langfristig günstigsten Energieverbrauch usw. abgestimmt werden. So behauptet kplan, bei PPP-Projekten könnten „pflegeleichte Pflanzen“ eingesetzt werden, die kostengünstiger als andere Pflanzen sind. (46) Hier entlarvt sich die angebliche Vorteilhaftigkeit von PPP auf besonders einfache Weise: Natürlich können auch bei jedem konventionell durchgeführten Projekt „pflegeleichte Pflanzen“ eingesetzt werden. Bei PPP könnten die „Innovationspotentiale der Privaten“ genutzt werden, heißt es bei kplan. Wenn die Privaten tatsächlich solche Potentiale haben, dann können sie auch für das traditionelle Verfahren genutzt werden.

„Die Erfahrungen zeigen: PPP hat sich bewährt“

kplan behauptet, PPP habe sich aufgrund der bisherigen Erfahrungen bewährt. Dazu führt kplan „offizielle Zahlen“ an. Schon beim ersten Blick auf diese Zahlen kann man erkennen, dass sie gar nicht offiziell sind, sondern von einer der wichtigsten Lobbyorganisationen stammen, nämlich vom Hauptverband der Deutschen Bauindustrie (7). Zudem sagen diese Zahlen gar nichts darüber aus, dass PPP sich bewährt habe; es handelt sich lediglich um die Zahl der bis Anfang 2008 abgeschlossenen PPP-Verträge. Dasselbe gilt etwa für „Effizienzvorteile“ von durchschnittlich 10 Prozent, die kplan behauptet. Die Quelle dafür ist aber lediglich eine Statistik der Task Force PPP der Landesregierung NRW aus dem Jahre 2005 (11), als die ersten PPP-Projekte überhaupt erst begonnen haben. Auch hier wird der in den damaligen Wirtschaftlichkeitsvergleichen behauptete Effizienzvorteil bereits als realisiert behauptet. Eine zeitlich ebenso wie örtlich naheliegende, praktische Erfahrung hat kplan nicht ausgewertet: Beim PPP-Projekt der Feuerwache in Mülheim an der Ruhr sind schon in der Anfangsphase erhebliche Baufehler und -mängel aufgetreten: Das Flachdach ist an vielen Stellen bereits undicht; die Abflüsse in den Fahrzeughallen sind wesentlich zu klein, das Schmelzwasser kann nicht abfließen. Die beauftragte Baufirma ist das führende PPP-Unternehmen Züblin/Strabag. kplan erwähnt diese tatsächliche Erfahrung in einem in jeder Hinsicht vergleichenen Projekt mit keinem Wort. Ebenfalls hat kplan mit keinem Wort die Mülheimer Erfahrungen erwähnt, wonach die Stadt eine überhöhte Miete zahlt und der Investor SMW das PPP-Projekt kurz nach Beginn an einen anderen Investor verkauft hat. Ähnlich kurios ist es, wenn der PPP-Lobbyist kplan sich durch

einen anderen PPP-Lobbyisten, das Wirtschaftsprüfungsunternehmen Price Waterhouse Coopers (PWC), bestätigen lässt, PPP habe sich bewährt. (40) Auch auf die TU Freiberg (Sachsen) beruft sich kplan (48), einen weiteren PPP-Lobbyisten.

„Günstigere Baupreise und Betriebskosten durch private Strukturen“

kplan behauptet, bei PPP seien die Baupreise und die Betriebskosten durch private Strukturen günstiger. Die privaten Strukturen bestehen darin, dass der Investor als Generalunternehmer alle Subunternehmer benennen und damit 30 Jahre lang Lohn- und Werklohn-Dumping betreiben kann. Wie kplan selbst eingesteht, kommt es deshalb zu häufigen Insolvenzen der Subunternehmen; dies werde aber dadurch ausgeglichen, dass der Investor in einem solchen Fall nicht wie die öffentliche Hand umständlich neu ausschreiben muß, sondern schnell einen neuen Subunternehmer beauftragen kann (27). Das „Günstige“ besteht also in einer langfristigen Absenkung von Löhnen (Beschäftigte) und Werkklöhnen (Subunternehmer, Mittelstand), also auch niedrigeren Steuereinnahmen des Staates. Weiterhin erhöht sich damit der Aufsichtsbedarf, und die Qualität von Bau und Betrieb sinkt.

„Steuerliche Aspekte nicht berücksichtigt“

kplan hat nach eigener Aussage steuerliche Aspekte bei der PPP-Lösung nicht berücksichtigt; dies bezieht sich auf Einkommens- und Körperschaftsteuer auf Seiten des Investors. (88) Das klingt harmlos, ist es aber nicht. Denn die vom Investor für jedes PPP-Projekt herangezogene Bank legt einen Immobilienfonds auf. Dessen Anleger erhalten neben der üblichen Ausschüttung, die sich aus der Miete der Stadt speist, auch eine Steuerbegünstigung nach Einkommensteuer-Gesetz Artikel 6 b. Sie können damit Gewinne und Einkommen aus privater Tätigkeit steuerlich reduzieren. („6 b-Abschreibung“) Der Gesamtstaat erleidet also mit jedem PPP-Projekt einen Steuerungsverlust, der letztlich auch auf die Kommunen durchschlägt. Dieser strukturelle Nachteil von PPP wird von kplan verschwiegen. Es hätte zudem zeitlich und örtlich nahegelegen, darauf einzugehen. Denn in der benachbarten Stadt Mülheim an der Ruhr wurde 2010 eine neue Feuerwache nach dem PPP-Muster fertiggestellt.

Die Arbeitsgruppe „Hauptfeuerwache“ aus Krefeld hat dieses Projekt vor Ort besichtigt. Das Finanzinstitut Hannover Leasing, eine Tochtergesellschaft der Hessischen Landesbank, finanziert das Projekt mithilfe eines Immobilienfonds. Das hat kplan mit keinem Wort erwähnt, offensichtlich wurde auch die Arbeitsgruppe aus Krefeld beim Besuch in Mülheim darüber nicht informiert.

„Kapazitäten für ganzheitliches Energiemanagement sind in der öffentlichen Verwaltung nicht vorhanden“

kplan behauptet, PPP sei auch deshalb besser, weil in der öffentlichen Verwaltung keine Kenntnisse über neuere Methoden etwa des ganzheitlichen Energiemanagements vorhanden sind. Das trifft gewiss in vielen Fällen zu. Doch die sinnvolle Schlußfolgerung kann nicht darin bestehen, dass immer mehr private Investoren beauftragt werden. Vielmehr ist es sinnvoll, die öffentliche Verwaltung zu qualifizieren, damit sie alle guten Methoden der kostengünstigen und nachhaltigen Gebäudebewirtschaftung selbst beherrscht. Was man selbst machen kann, ist immer billiger als ein privates Fremdunternehmen, das jede Schwäche des Vertragspartners ausnutzt.

4. PPP-Inhouse-Lösung

Nach der gegenwärtigen Rechtslage – „Teckal“-Urteil des Europäischen Gerichtshofes EUGH von 1999 und die nachfolgenden Urteile in Deutschland, insbesondere Oberlandesgericht Düsseldorf – scheint es weitgehend klar zu sein, dass die drei städtischen Tochterunternehmen, die mit Bau und Wohnen zu tun haben, für eine Inhouse-Vergabe nicht geeignet sind. Bei öffentlichen Aufträgen gilt grundsätzlich das Vergaberecht, wonach öffentlich ausgeschrieben werden muss. Ausnahmen gelten nur, wenn ein städtisches Tochterunternehmen ganz den Weisungen der Stadt unterliegt und nur für sie tätig ist: Dann darf ein Auftrag ohne Ausschreibung vergeben werden. Weil aber die drei städtischen Unternehmen, die mit Bau und Wohnen zu tun haben, als privatrechtliche Unternehmen (GmbH, Aktiengesellschaft) nicht durch Weisungen des Stadtrates gebunden sind (kein imperatives Mandat der in die Aufsichtsräte gewählten städtischen Vertreter) und weil sie nicht nur für die Stadt, sondern auch auf dem allgemeinen Markt tätig sind, kommen sie für eine Inhouse-Vergabe nicht infrage.

So ganz sicher ist diese Interpretation allerdings nicht, wie das Gutachten der Kanzlei Heuking Luer Wojtek & Partner zeigt, das im Auftrag der Krefelder Wohnstätte AG erstellt wurde: Hier wird ein innerstädtisches PPP für möglich gehalten, eventuell durch Gründung einer neuen Tochtergesellschaft.

Sicher ist aber, dass eine solche Rechtssituation für die Stadt ein großes Risiko beinhaltet: Unternehmen, die nicht zum Zuge kommen, erheben häufig Klage, deren Ausgang ebenfalls wieder unsicher ist, und der Weg durch die Instanzen bis zum EUGH kann sehr lange dauern. Das führt nicht nur zu jahrelangen Verzögerungen, sondern auch zu hohen Kosten.

Diese Situation ist auch deshalb entstanden, weil durch die neoliberale Privatisierung und Deregulierung unklar geworden ist, wie sich öffentliches und privates Eigentum zueinander verhalten. Die Stadt Krefeld hat sich dieser Entwicklung nicht entgegen gestellt und damit selbst auf

einen durchgreifenden Einfluss auf ihre Tochterunternehmen verzichtet. Tochterunternehmen der öffentlichen Hand, die die beiden Kriterien des EUGH einhalten – vollständiger Durchgriff der Stadt und alleinige Tätigkeit des Unternehmens für die Stadt – gibt es heute so gut wie keine mehr. Es gibt sie auch nicht mehr in Krefeld.

Auch städtische Tochterunternehmen sind heute renditeorientiert und übernehmen Praktiken privater Konzerne. Dabei wird auch der städtische Haushalt geschädigt. Das PPP-Projekt der Feuerwache Mülheim an der Ruhr verdeutlicht in drastischer Weise diesen Sachverhalt: Die Stadt gründete, entsprechend dem Vorschlag der Kanzlei Heuking für Krefeld, eigens für das Projekt die neue Tochtergesellschaft SMW; Gesellschafter sind die Mülheimer Sparkasse und Mülheimer Wohnungsbau MWB. Ergebnis: Die PPP-typischen Baumängel sind enorm, die Miete für die Stadt ist überhöht und das Tochterunternehmen SMW verkaufte das Projekt kurz nach Beginn an einen neuen Investor.

Dies ist der erste Grund, warum ein Inhousegeschäft für die Feuerwache nicht infrage kommt.

Es gibt einen zweiten, damit zusammenhängenden Grund: Selbst wenn theoretisch und rechtlich ein innerstädtisches PPP möglich und zugleich günstiger wäre als ein privates, so ist PPP in der Praxis immer noch ungünstiger. Der Einfluss der gewählten Ratsmitglieder und der städtischen Verwaltung wird so gut wie ausgeschaltet. Dies ist mit demokratischen Prinzipien nicht vereinbar, und dies umso mehr angesichts der PPP-üblichen Laufzeiten von 25 bis 30 Jahren.

Es gibt einen dritten Grund: Da die vom Stadtrat und der Verwaltung weitgehend unabhängigen Tochterunternehmen zunehmend renditeorientiert sind, bieten sie nicht die Gewähr, dass sie im Sinne des öffentlichen und des Bürgerinteresses sparsam wirtschaften.

Und es gibt schließlich noch einen vierten Grund, falls der Vorschlag der Kanzlei Heuking aufgegriffen würde: Die Gründung eines neuen Tochterunternehmens erfordert wiederum viel Zeit, schafft eine neue Bürokratie, verursacht zusätzliche Kosten und ist am Ende auch wieder rechtlich unsicher.

Unter diesen Umständen ist ein Inhousegeschäft nach dem PPP-Muster nicht zu befürworten.

Die Stadt hat sich zudem im jahrelangen Vorfeld der Entscheidung Pro und Contra PPP von privaten Beratern abhängig gemacht und dafür viel Geld ausgegeben. So gingen Aufträge an kplan und an die Großkanzleien Luther und Heuking. Als ein Ergebnis handelten sich Stadtrat und Stadtverwaltung zudem noch einen „Beraterkrieg“ zwischen kplan und Luther auf der einen Seite und Heuking auf der anderen Seite ein, der die Situation noch unklarer werden ließ.

Die Alternative besteht deshalb darin, – erstens die Rechte des Stadtrates und der Verwaltung gegenüber den privatrechtlichen Tochterunternehmen zu stärken

– zweitens diese Unternehmen im öffentlichen Interesse umzustrukturieren,

– drittens die Verwaltung so zu qualifizieren und personell besser auszustatten, dass sie die heutigen Aufgaben im öffentlichen Interesse besser wahrnehmen kann als bisher und

– viertens auf private Berater, die gleichzeitig PPP-Lobbyisten sind, zu verzichten.

5. Anhang: Auswahl gescheiterter PPP-Projekte in Deutschland

1999: Berliner Wasserbetriebe (BWB)

Mit dem Verkauf von 49,9 Prozent der Berliner Wasserbetriebe (BWB) an RWE und Veolia beginnt die Geschichte des Scheiterns von PPP-Projekten in Deutschland. Für den Verkauf erhielt Berlin 1,6 Milliarden Euro und wollte damit seinen Haushalt sanieren. Im geheimgehaltenen Vertragswerk erwarben die Privaten für 30 Jahre das Recht, die Geschäftsführung zu übernehmen und einen garantierten Gewinn herauszuziehen. Dazu bauten sie mit Zustimmung des Senats 2.000 Arbeitsplätze ab, fuhren die Investitionen zurück und erhöhten die Wasser- und Abwasserpreise zur Spitzenstellung in Deutschland. Wegen der Gewinngarantie schöpften sie wesentlich mehr Gewinne ab als der Mehrheitseigentümer Berlin, sie haben schon jetzt den Kaufpreis herausgeholt. Der Berliner Wassertisch erzwang gegen den Senat und gegen die Großmedien einen Volksentscheid: Das geheime Vertragswerk muss offengelegt werden! Die über 600.000 Berliner machten mit ihrer Mehrheit den Entscheid zum Gesetz.

2000: Warnow-Tunnel Rostock

Beflügelt von der Wende und dem Glauben an die Überlegenheit privater Investoren förderte die Bundesregierung den Bau des Warnow-Tunnels in Rostock. Der französische Baukonzern Bouygues und die australische „Heuschrecke“ Macquarie sollten den Tunnel bauen, 30 Jahre betreiben und durch die Mautgebühren bezahlt werden. Danach sollte er an die Stadt übergehen. Deutsche Bank und NordLB gaben Kredite, Bundesregierung und Europäische Union subventionieren das Projekt. Professor Hans-Wilhelm Alfen, der deutsche PPP-Guru, ließ die Bedarfszahlen schönen und tat so, als wären die Werften noch so ausgelastet wie zu DDR-Zeiten: Statt der „erwarteten“ Durchfahrten waren es dann nur die Hälfte. Die Investoren erzwangen die Verlängerung des Vertrags von 30 auf 50 Jahre und verdoppelten die Gebühren. Bouygues stieg aus, nahm seinen Gewinn mit und überließ die Zahlungsverpflichtungen der eigens gegründeten Projektgesellschaft Warnowquerung GmbH & Co KG.

2001: Herren Tunnel Lübeck

Am 16.10.2001 baggerte der schleswig-holsteinische Verkehrsminister Bernd Rohwer (CDU) das erste Loch für den Herren-Tunnel und verkündete: „Das ist ein Modellfall für eine gelungene privatwirt-

schaftliche Finanzierung.“ Die IHK schwärmte vom „Projekt des 21. Jahrhunderts“. Die Bundesregierung subventionierte allerdings auch diesen Tunnel systemwidrig mit ganzen 77 Millionen Mark der 176 Millionen an Investitionskosten. Das kam dem Investoren-Duo der beiden größten deutschen Baukonzerne Hochtief und Bilfinger Berger zugute: Sie verkündeten, dass die angestrebte Rendite zwischen 12 und 15 Prozent liege. Auch hier sagte PPP-Guru Prof. Alfen Benutzerzahlen gutachterlich voraus, die sich schnell als illusionär erwiesen. Deshalb verdreifachten die Investoren die Maut, auch die Stadt muss nun für Linienbusse Maut bezahlen, und die Investoren setzen die Verlängerung des Vertrags von 30 auf 40 Jahre durch.

2002: World Conference Center Bonn (WCCB)

Im Februar 2002 schlossen die Bundesregierung, die NRW-Landesregierung und die Bonner Oberbürgermeisterin einen Staatsvertrag über die Ansiedlung eines Internationalen Kongresszentrums Bundeshaus Bonn, das der UNO und anderen Veranstaltern dienen und die lokale Wirtschaft fördern sollte. Bonn sollte einen privaten Investor finden, der das Kongresszentrum baut und 30 Jahre auf eigene Rechnung betreibt. Mithilfe von zwei Dutzend Beraterfirmen fand die Allparteienmehrheit im Bonner Stadtrat unter Führung der SPD-Oberbürgermeisterin den koreanisch-amerikanischen Investor SMI Hyundai. Er bekam die Grundstücke geschenkt und Subventionen von Bund und Ländern. Die Lokalzeitung „Bonner General-Anzeiger“ feierte ihn als „Retter Bonns“. Als ihm schon früh das Eigenkapital ausging, gab die Sparkasse KölnBonn über 100 Millionen Euro an Krediten für den Weiterbau, die Stadt bürgte dafür. 2008 flüchteten die Investoren, die sich selbst bereichert hatten, ins Ausland. Seitdem gammelt die halbfertige Bauruine vor sich hin. Bonner Subunternehmer stehen auf unbezahlten Rechnungen. Einige Mittäter wurden verhaftet, Staatsanwälte ermitteln gegen ein Dutzend Personen: Investoren, Berater, Oberbürgermeisterin, Projektleiter. Mithilfe teilweise derselben Berater sucht die Bonner Ratsmehrheit nach einer neuen Lösung und steht vor einer Belastung im dreistelligen Millionenbereich.

2003: LKW-Maut (Toll Collect)

Die Projektgesellschaft Toll Collect sollte laut Vertrag mit der SPD-grün geführten Bundesregierung ab 1.8.2003 mithilfe von Satellitentechnik auf den Autobahnen die streckenbezogene LKW-Maut erheben und durch einen Anteil aus den Mauteinnahmen bezahlt werden. Der 17.000-Seiten Vertrag, ausgehandelt und verfasst von der Kanzlei Freshfields, ist auch hier geheim. Den Bundestagsabgeordneten und der Öffentlichkeit sind wichtige Details unbekannt, etwa wie das Konsortium aus Daimler, Telekom und Cofiroute die mautbezogenen Daten weiterverwertet und daran verdient. Als das System zu-

nächst 16 Monate lang nicht funktionierte und im Bundeshaushalt etwa 5 Milliarden fehlten, klagte der Verkehrsminister auf Schadenersatz und Konventionalstrafe. Das 2004 eingerichtete private Schiedsgericht hat bis heute keine Entscheidung gefällt, das Geld wird wohl für immer in der Bundeskasse fehlen, denn der Vertrag endet 2015. Allein bis 2003 zahlte der Staat mindestens 15,6 Millionen Euro an private Berater.

2004: Erlebnisbad Atlantis Dorsten

Im Sommer 2004 ging die Projektgesellschaft Atlantis Freizeit GmbH in die Insolvenz. Der Investor sollte das Freizeitbad sanieren und eine Saunalandschaft anbauen, die Stadt sollte 35 Jahre lang einen Zuschuss zahlen. Der Investor hatte mit geschönten Besucherzahlen und einem viel zu weiten Einzugsgebiet kalkuliert und erhöhte die Eintrittspreise – dann kamen noch weniger Besucher. Er hinterließ nach zweieinhalb Jahren eine technisch vielfach mangelhafte Anlage. Dorsten gründete den städtischen Bäderbetrieb Atlantis und mußte verlustreich neu anfangen. Seitdem läuft der Betrieb einwandfrei.

2005: 90 Schulen Landkreis Offenbach

Mit allen 90 Schulen des Landkreises Offenbach ist es das größte Schul-PPP-Projekt in Deutschland. Die Investoren Hochtief und SKE (Vinci, Frankreich) sollen von 2005 bis 2020 sanieren und betreiben. Die PPP-Lösung sollte um 18,5 Prozent günstiger sein, bescheinigten für etwa 30 Millionen Euro die Berater wie BBD und Ernst & Young, die Kanzlei Freshfields erhielt mindestens 7 Millionen. Durch Nachforderungen der Investoren stieg die Anfangsmiete von jährlich 52 Millionen Euro (2005) auf 73 Millionen (2010). Die anfänglich vereinbarte Gesamtsumme aller Mieten würde sich so von 780 Millionen auf 1,3 Milliarden erhöhen. Um die Mieten zahlen zu können, werden u.a. einige hundert Arbeitsplätze in der Landkreisverwaltung abgebaut.

2006 Rathaus Gladbeck

2006 wurde das neue Rathaus der Stadt Gladbeck eröffnet. Es wurde als erstes PPP-Verwaltungsgebäude in NRW gelobt. Nach dem PPP-Muster baute der Investor Hochtief das Rathaus und vermietet es bis 2031 an die Stadt. Damit schnell und billig gereinigt werden kann, dürfen die Beschäftigten im Büro keine Pflanzen aufstellen. Die Mieten im Gesamtwert von etwa 100 Millionen Euro wurden an eine Bank verkauft (Forfaitierung mit Einredeverzicht) und verteuern die Mängelbeseitigung zulasten der Stadt. Für das eingebaute Restaurant fanden sich nacheinander drei Pächter, die alle nach kurzer Zeit aufgaben: Eine ausreichende Zahl an Gästen kommt an dieser Stelle nicht zustande. Jetzt stehen die Räume leer, für die die Stadt trotzdem Miete zahlen muss. Die Anfragen des Architekten Luggenhölscher, wieviele Zinsen die Stadt zusätzlich

für die Kredite aufbringen muss, mit denen die Stadt die Mieten bezahlt, wurden nicht beantwortet.

2007 Digitales Bürgerportal Würzburg

Im Mai 2007 unterschrieb die Würzburger CSU-Oberbürgermeisterin den Vertrag mit Arvato, einer Tochtergesellschaft des TV- und Medienkonzerns Bertelsmann. Arvato sollte nach dem Muster e-government ein digitales Bürgerportal installieren, damit die Bürger per Internet mit der Stadtverwaltung bei Anträgen u.ä. kommunizieren. Damit sollten auch Arbeitsplätze eingespart werden. Mithilfe des Modellprojekts wollte Bertelsmann auch bei anderen Städten zum Zug kommen. Doch die Beschäftigten halfen nicht mit beim Abbau ihrer Arbeitsplätze. Es konnte nicht geklärt werden, wie sich die Bürger fälschungssicher einloggen. Der Landesdatenschutzbeauftragte stellte fest: Die Datensicherheit ist nicht gewährleistet. Still und leise verabschiedete sich Arvato 2010 von seinem Modellprojekt, das mit einem Innovationspreis ausgezeichnet worden war.

2008 Gesundheits- und Badepark Leimen

Der PPP-Vertrag umfasste die Sanierung des Freizeit- und Hallenbads und 30 Jahre Betrieb. Im Mai 2008, bereits ein Jahr nach Eröffnung, erklärte der Investor, die s.a.b. aqua balance Gesundheits- und Badepark Leimen GmbH & Co KG, gegenüber der Stadt Leimen (Baden Württemberg): Es ergibt sich ein erhebliches Defizit, die Besucherzahlen sind niedriger als „erwartet“. Die Stadt müsse zusätzlich zur vereinbarten Jahresmiete von 420.000 Euro noch 480.000 Euro dazuzahlen. Falls die Stadt nicht zustimme, werde das Bad geschlossen, die Stadt müsse dann das Nutzungsentgelt auszahlen, das bis 2037 angefallen wäre. Diese Forderung ist möglich auf Grundlage der PPP-üblichen „Forfaitierung mit Einredeverzicht“. Schließlich stieg s.a.b. aus und die Stadt übernahm alle Verpflichtungen des Investors.

2009: Messehallen Köln

2009 entschied der Europäische Gerichtshof (EUGH), dass der Vertrag der Stadt Köln mit dem Investor Bank Oppenheim unwirksam ist und abgewickelt werden muss: Er war auf Anraten der Berater von Ernst & Young nicht europaweit ausgeschrieben worden. Köln hatte unter Führung des CDU-Oberbürgermeisters die Bank beauftragt, neue Messehallen zu errichten und 30 Jahre an die städtische Messegesellschaft zu vermieten. Die Miete hätte sich auf mindestens 800 Millionen summiert, während eine Eigenrealisierung etwa nur die Hälfte gekostet hätte. Der jetzige SPD-Oberbürgermeister verhandelt die Vertragsauflösung so schwach, dass die vermögenden Anleger des von der Bank gegründeten Immobilienfonds (Madeleine Schickedanz, Thomas Middelhoff u.ä.) nicht aussteigen und nicht auf ihre Steuervorteile verzich-

ten. So verliert die Stadt etwa 8 Millionen Euro pro Jahr.

2010 Autobahn A 1 Hamburg - Bremen

Der auch hier geheime PPP-Vertrag zwischen dem Bundesverkehrsministerium und dem Investor Bilfinger Berger umfasst 36.000 Seiten. Er soll die 72 Kilometer-Strecke erneuern, erweitern und 30 Jahre lang betreiben, dafür erhält er wie bei Toll Collect einen prozentualen Anteil an der LKW-Maut. Der Investor schleust möglichst viele LKWs durch die schmalen Fahrbahnen der Baustellen, um möglichst viel Maut erheben zu können. So wurde der Autobahnabschnitt zur unfallträchtigsten Straße in Deutschland. Da im Vertrag nicht geklärt wurde, wer für die Verkehrsführung und die Verkehrszeichen zuständig ist, sprang die Bundesregierung ein. Eine neu aufgetragene Fahrbahndecke wurde nach wenigen Monaten bröselig, Gutachter streiten sich. Dies alles zeigte sich schon zwei Jahre nach Baubeginn. Die eigens vom Investor gegründete Projektgesellschaft A 1 Mobil GmbH hat gerade mal 26.000 Euro Eigenkapital und kann die Bundesregierung damit erpressen, sie pleite gehen zu lassen, wenn diese auf Nachforderungen nicht eingeht. Der Bundesrechnungshof monierte die Unwirtschaftlichkeit zulasten des Staates.

2011 Elbphilharmonie Hamburg

Im Oktober 2011 stellte der Investor Hochtief die Bauarbeiten ein. Die Hansestadt will nicht mehr auf die bisher über einhundert Nachforderungen eingehen, die von den Hochtief-Anwälten gestellt wurden. Seit Baubeginn haben sich die Kosten für den öffentlichen Teil (Konzertsäle) von 77 Millionen Euro auf 399 Millionen erhöht. Der Senat hatte sich auf das Gutachten der Vergabespezialistin Dr. Jasper aus der Kanzlei Heuking & Partner verlassen, wonach die Verträge wasserdicht seien. Doch das waren sie nicht, vor allem wurde mit einer unvollständigen Planung zu bauen begonnen. Der Senat hatte die Stararchitekten Herzog & de Meuron herangezogen; neben drei Konzertsälen haben sie ein Fünfsterne-Hotel und 47 Luxuseigentumswohnungen geplant, woraus auf dem Kaispeicher 1 am Hafen eine Attraktion von Weltformat entstehen sollte. Der Renditeanteil für Hochtief ist vertraglich festgeschrieben. Im eigens gebildeten parlamentarischen Untersuchungsausschuss wird der Konzern als „Anwaltskanzlei mit angeschlossener Bauabteilung“ bezeichnet.

Verfasser:

Dr. Werner Rügemer
50823 Köln, Subbelratherstr. 144

Herausgeber:

Ratsgruppe DIE LINKE Krefeld

V.i.S.d.P. MMargret Fink

Von-der-Leyen-Platz 1 - Rathaus C 26

47798 Krefeld

Telefon: 02 15 1 / 86 20 12

Mo., Mi. + Do. 12:00 - 18:00 Uhr